

*Neun Jahre nach einstimmigem Stadtratsbeschluss für Schutz vor Fluglärm der US-Hubschrauber keine Verbesserung für die Bevölkerung*

**„Das Maß des Zumutbaren ist überschritten“: Ansbacher Stadträte fraktionsübergreifend für dauerhafte Reduzierung des Hubschrauberlärms**

Im Mai 2009 fasste der Ansbacher Stadtrat einstimmig eine Resolution für ein Nachtflugverbot der Hubschrauber aus der US-Militärbasis Katterbach von 22 bis sechs Uhr und ein Verbot der Überflüge von Wohngebieten. In den seitdem vergangenen neun Jahren haben sich keine Verbesserungen für den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm und Abgasen ergeben, stellen Ansbacher Stadträte fraktionsübergreifend fest. Sie erklären gemeinsam:

„Der Ansbacher Stadtrat und die Stadtverwaltung haben sich in zahlreichen Schreiben, Gesprächen und Entschlüssen für eine spürbare Entlastung der Bevölkerung von Fluglärm und Abgasen der US-Hubschrauber eingesetzt. Auch Oberbürgermeisterin Carda Seidel hat vieles unternommen, um für die Ansbacher Bürger echte Verbesserungen zu erreichen. Heute müssen wir feststellen, dass unsere Bemühungen für ein erträgliches Nebeneinander von Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Militärbasis Katterbach andererseits gescheitert sind.

Grund ist die Weigerung der Bundes- und der Staatsregierung, dem einhelligen Willen der Ansbacher Kommunalpolitik entgegenzukommen. Jegliche bürgerfreundlichen Kompromissvorschläge der Stadt Ansbach wurden in München und Berlin vom Tisch gewischt ohne die US-Regierung und deren Truppen endlich in die Pflicht zu nehmen.

Dies mussten und müssen viele Ansbacher in den Lärm-Nächten der vergangenen Wochen erneut schlaflos und entnervt erfahren. Für uns Stadträte, die allein dem Wohl unserer Stadt und damit dem Erhalt von Gesundheit und Lebensqualität deren Bewohner verpflichtet sind, ist diese Situation nicht mehr hinnehmbar.

Das Maß des Zumutbaren ist überschritten. Sollten auch im zehnten Jahr nach unserer einstimmigen Resolution keine dahingehende spürbare und dauerhafte Reduzierung des Hubschrauberlärms möglich sein, ist für uns klar, dass wir uns fraktionsübergreifend für die schnellstmögliche zivile Umnutzung der Kasernenflächen in Ansbach einsetzen werden.“

*Ansbach, 10. August 2018*

*gez.*

*Martin Porzner, Fraktionsvorsitzender (SPD)*

*Manfred Stephan, Fraktionsvorsitzender (BAP)*

*Michael Sichelstiel, Stadtrat (Grüne)*

*Friedmann Seiler, Fraktionsvorsitzender (ÖDP)*

*Elke Homm-Vogel, Fraktionsvorsitzende (Freie Wähler)*

*Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender (Offene Linke Ansbach)*